

**Besprechungsunterlage  
für die 209. Sitzung der Landesregierung am 20. August 2019**

**Empfehlungen des Digitalbeirats für die Digitalpolitik der kommenden Jahre**

Der Digitalbeirat des Landes Brandenburg berät seit Mitte 2018 den Ministerpräsidenten zu digitalpolitischen Fragen. In seiner Sitzung am 30. Juli 2019 hat der Beirat digitalpolitische Empfehlungen an die Landesregierung beschlossen. Diese beigefügten Empfehlungen enthalten fachpolitische, organisatorische und kommunikative Hinweise für die Digitalpolitik der kommenden Jahre.

**Wählen gehen!**

**01.09.2019**

Landtagswahl  
Brandenburg



Zertifikat seit 2018  
audit berufundfamilie

## **Digitalpolitische Empfehlungen des Digitalbeirats**

Digitalpolitik ist ein dynamisches und sich ständig fortentwickelndes Politikfeld, das immer wieder auf Aktualität geprüft und neu justiert werden muss. Ende 2018 hat die Landesregierung nach einem umfassenden Prozess die „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“ vorgelegt und in der Folge intensiv diskutieren lassen. Es gibt genügend Gründe, selbstbewusst auf die ersten Jahre der brandenburgischen Digitalpolitik zurückzublicken: Sie wurden erfolgreich genutzt, um Stärken auszubauen und einen Aufholprozess einzuleiten. Die Tatsache, dass der eco Verband der Internetwirtschaft Brandenburg im digitalpolitischen Ländervergleich auf Platz 4 hebt, spricht für sich. Ebenso ist die Konferenz der Digital Koordinatorinnen und -koordinatoren der Länder, die am 21. Juni 2019 erstmals auf Einladung Brandenburgs zusammengekommen ist, ein Maßstäbe setzendes Zeichen für eine zukunfts-gewandte Digitalpolitik. Gleichwohl müssen neue Themen angegangen und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden, um dieses hohe Niveau zu halten und auszubauen.

Die nachfolgenden digitalpolitischen Empfehlungen, die der Digitalbeirat in seiner Sitzung am 30. Juli 2019 einstimmig beschlossen hat, beziehen sich zum einen auf verschiedene Politikfelder, die sich im Laufe der Digitalisierung besonders stark verändern und deshalb verstärkt in den Fokus genommen werden müssen. Zum anderen werden Vorschläge für strategische und organisatorische Anpassungen innerhalb der Landesregierung unterbreitet. Diese digitalpolitischen Empfehlungen sollen die Landesregierung dabei unterstützen, das Land Brandenburg weiterhin erfolgreich in eine digitale Zukunft zu lenken.

### **1. Grundlagen schaffen**

Für die laufende Digitalisierung des Landes Brandenburg müssen bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu zählen der Ausbau der digitalen Infrastruktur, überzeugende Konzepte für die Datenpolitik und umfassende Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesellschaft, Gesundheit, Verwaltung, Wirtschaft und Arbeitswelt.

Daher sollte die Brandenburger Landesregierung einen umfassenden digitalen Kulturwandel in allen Gesellschaftsbereichen einleiten, der mit entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen unteretzt ist.

### **Digitale Infrastrukturen**

Zum Aufbau der notwendigen digitalen Infrastrukturen sollten alle Kräfte gebündelt werden, um bis 2025 den Anschluss an das Gigabit-Zeitalter geschafft zu haben. Wir empfehlen, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Verwal-

tungen mit Priorität anzuschließen und dabei zukünftige Erweiterungen und Mehrfachnutzung mitzudenken. Wir befürworten eine umfassende Glasfaser-Versorgung – auch im ländlichen Raum, damit keine digitale Zweiklassengesellschaft entsteht. Mobilfunk- und Festnetzausbau müssen zusammen gedacht werden.

Guter Mobilfunk ist in Zeiten zunehmender mobiler Datennutzung eine der Grundlagen für eine zeitgemäße Teilhabe an der Gesellschaft. Daher muss Mobilfunk zügig flächendeckend auf 4G/LTE-Niveau verfügbar sein. Die Landesregierung sollte sich für eine stärkere Koordination und Beratung der Kommunen durch die Digitalagentur in Sachen digitale Infrastrukturen einsetzen. Die damit ausgebaute Infrastruktur sollte über die Einführung von gesetzlichem National Roaming offen ausgestaltet werden, damit wirklich jede Person in Brandenburg überall Mobilfunkempfang hat. Regelmäßige Mobilfunkgipfel, eine stetige Überprüfung und Anpassung des solide gestarteten Sonderförderprogramms für den Mobilfunkausbau, die Mitnutzung von staatlichen Hochbauten und klare Zielvorgaben sollten den Schulterschluss mit den Netzbetreibern noch verbindlicher machen. Gleichzeitig begrüßen wir, dass sich Brandenburg erfolgreich um eine 5G-Modellregion in der Lausitz bemüht hat und hier, wo sachlich sinnvoll, für einen schnellen Ausbau sorgt. Gleichzeitig sollten auch die Industrieregion um den Flughafen BER und eine weitere Region im ländlichen Raum zu Modellregionen erklärt werden. Im öffentlichen Raum sowie im öffentlichen Nah- und Fernverkehr sollten freie WLAN-Angebote noch schneller und verstärkter ausgebaut werden.

### **Digitales Lernen**

Digitales Lernen ist eine Schlüsselaufgabe für den Weg in die digitale Zukunft des Landes. Daher sollte das Lernen in digitalen Zeiten für Menschen aller Alters- und Berufshintergründe so attraktiv und zugänglich wie möglich ausgestaltet sein. Dafür wird es nicht ausreichen, bisherige Lernprozesse und Strukturen zu digitalisieren, sondern diese zu analysieren und neu zu denken.

Die Landesregierung sollte das bislang über mehrere Ressorts verteilte Thema der Fortbildung und Personalentwicklung stärker zentral und konzeptbasiert steuern, um zügig das Level der Digitalkompetenz in allen Tätigkeitsfeldern zu erhöhen.

Wir regen an, den BIG Digital (Brandenburgischer Innovationsgutschein) und die Beratung der kleinen und mittleren Unternehmen zu digitaler Weiterbildung zu stärken. Besonders zu begrüßen ist ein flexibler Zugang zu Weiterbildung (e-Learning). Zudem schlagen wir vor, Digitale Bildungsberater und Kompetenzzentren für Digitales Lernen zu fördern sowie Digitalprofessuren einzurichten.

In Hinblick auf die schulische Bildung sollte der Rollout für die SchulCloud bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode abgeschlossen sein. Das Thema der digitalen Pädagogik sollte mit Hochdruck angegangen werden. Bei der Entwicklung dieser Konzepte sollte immer auch auf die Gesundheit, Bewegungsvielfalt und psychische Entwicklung der Lernenden geachtet werden. Die technischen Möglichkeiten

der digitalen Endgeräte sind kein Selbstzweck, sondern sollten Pädagogik zeitgemäßer und lebendiger machen. Auf eine gute Kombination von analogen und digitalen Erlebniswelten sollte geachtet werden.

Die Fortbildungsrate der Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen sollte deutlich erhöht werden. Hierzu gehört die Schaffung besserer Angebote und Anreize.

An den Schulen sind „Digitaltransfer“-Wettbewerbe denkbar. Hierbei sollen kreative Ideen dazu gesammelt werden, wie Schülerinnen und Schüler ihre Kompetenzen an Ältere weitergeben können. Ein weiteres Ziel dieser Wettbewerbe ist es, zu verstehen, was Digitales Leben für die jeweiligen Jugendgenerationen bedeutet und wie sich dieses Verständnis wandelt.

Die sich wandelnde Aufgabe der Bibliotheken in digitalen Zeiten sollte konzeptionell untersetzt und mit Förderprogrammen begleitet werden.

## **Gesundheit**

Die zunehmend digitale Welt im deutschen Gesundheitswesen erfordert Wissen und Verständnis zum Umgang mit Gesundheitsinformationen und digitalen Anwendungen. Nur so werden ihre Mehrwerte zum Beispiel für Patientinnen und Patienten erfahrbar und stärken deren Souveränität im Gesundheitswesen. Daher empfiehlt der Digitalbeirat dem Thema Gesundheitskompetenz mit einer bundesländerübergreifenden „Aktion Gesundheitskompetenz“ mehr Gewicht zu verleihen, um das Thema in Schule und Weiterbildung zu verankern. Darüber hinaus empfehlen wir, die Aspekte der Digitalisierung im Gesundheitswesen insbesondere in die ärztliche Ausbildung zu integrieren.

Die Landesregierung sollte den intensiven Dialog insbesondere mit der Brandenburgischen Ärzteschaft, aber auch mit allen weiteren Gesundheitsberufen, suchen, um vielfach noch bestehende Bedenken gegenüber der Telemedizin zügig abzubauen. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land sollte hier im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen, da diese aufgrund des zunehmenden Ärzte- und Fachkräftemangels in der Region eine Herausforderung darstellen, der mittels des Einsatzes telemedizinischer Unterstützung und telemedizinischer Anwendungen entgegengewirkt werden kann.

Die Landesregierung sollte eine stärkere digitale Vernetzung des Gesundheitswesens fördern und sich hierbei klar für den Einsatz international gebräuchlicher Standards und Schnittstellen einsetzen, um die Interoperabilität aller Systeme zu gewährleisten.

Daten sind die Grundlage für die Medizin der Zukunft. Technische Neuerungen können Ärzte in ihrem Behandlungsalltag unterstützen. Deshalb empfehlen wir die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz im Gesundheitsbereich sowohl in der Forschung als auch in der medizinischen Anwendung frühzeitig vorzubereiten.

Auch in der Pflege und Betreuung sollten Möglichkeiten der Digitalisierung noch stärker als bislang genutzt werden - etwa durch Assistenzsysteme bei der Dokumentation und Unterstützung Pflegebedürftiger in der Häuslichkeit. Hierzu könnte auch der unterstützende Einsatz von humanoiden Robotern gehören.

Wir begrüßen, dass mit dem Gesundheitscampus in Cottbus ein Universitätsklinikum ganz neuen Typs angegangen wird, das hoffentlich auch wegweisend mit Blick auf digitale Arbeitsformen und neue Forschungsfelder sein wird. Dies ist ein guter Anfang für eine grundlegende Digitalisierung der Gesundheits- und Pflegebranche.

### **Wirtschaft und Arbeit**

Wir empfehlen, die digitale Wirtschaft und die Gründungsförderung voranzutreiben. Hier sollte das ehrgeizige Ziel von jährlich 150 Gründungen pro 10.000 Einwohner erreicht werden. Eine Unternehmensgründung in Brandenburg sollte dabei per Mausklick möglich sein. In zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen sollten verstärkt Reallabore eingerichtet werden. Gleichzeitig schlagen wir vor, eine Projektförderung für digitale Geschäftsmodelle (z. B. Künstliche Intelligenz, Virtual Reality, Internet der Dinge, Automatisierung, 3D-Druck) aufzulegen. Denkbar ist auch ein Förderprogramm der WFBB (Wirtschaftsförderung Brandenburg) zur Unterstützung digitaler „Zukunftsorte“ und Coworking-Spaces (Vernetzung von Wohnen, Arbeiten, Gewerbe) – auch unter Berücksichtigung der Landwirtschaft.

Gerade für das Flächenland Brandenburg liegen in der Digitalisierung enorme Potenziale für die Gestaltung des Wandels der Arbeitswelt. Angesichts der sich rasant verändernden Arbeitswelt raten wir der Landesregierung, einen neuen Digitaldialog der Sozialpartner anzuschieben, um die Digitalisierung als deren gemeinsame Gestaltungsinitiative zu befördern. Außerdem schlagen wir eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten (und damit wo möglich eine Reduktion von Pendelzeiten) vor. Damit verbunden ist eine Abkehr von der Präsenzkultur in passenden Branchen. Das Recht auf Home-Office und mobiles Arbeiten sollte verankert und in passenden Bereichen praktikabel durchgesetzt werden. Zeitsouveränität ist ein essentielles Potenzial der Digitalisierung.

Damit die Arbeit der Zukunft für alle Erwerbstätigen eine gute Arbeit wird, gilt es, Veränderungsprozesse verantwortungsvoll zu gestalten. Gelingende Digitalisierung verbessert die Arbeits- und Lebensqualität. Sie wird auf Akzeptanz stoßen, wenn sie gute bzw. bessere Arbeit sowie sichere Beschäftigung, gute Einkommen, humane Arbeitsbedingungen, Gestaltungsspielräume und Mitbestimmung ermöglicht. Hierfür bedarf es einer neuen Arbeitskultur der permanenten Lernbereitschaft und Weiterbildung.

### **Mobilität, Energie und Umwelt**

Mit Blick auf eine zukunftsfähige Mobilität in Brandenburg legen wir die digitale Vernetzung aller Verkehrsträger nahe. Die Landesregierung sollte eine entsprechende Facharbeitsgruppe zur Erarbeitung von konkreten Lösungen einrichten. Wir raten,

digitale Logistik- und Mobilitätsanwendungen über ein eigenes Förderprogramm gezielt zu fördern. Auch der Zukunftsbereich der Ergänzung der Verkehrsträger in der Luft sollte konzeptionell angegangen werden, um frühzeitig die besten Voraussetzungen zu schaffen.

Neben intelligenter Mobilität sollten auch Smart Grids und digitale Energiethemen verstärkt in den digitalpolitischen Fokus gerückt werden – auch unter Berücksichtigung von Klimaaspekten. Energie sollte dabei dezentral produziert und hinsichtlich der zunehmenden Vernetzung (Energieverbrauch der Digitalisierung) mitgedacht werden.

Der Beitrag der Digitalisierung zu einer ressourcenschonenderen Gesellschaft sollte verstärkt in den Fokus gerückt werden. Vernetzte Daten können in jeder Hinsicht Prozesse optimieren und präzisieren und damit ineffizienten Mitteleinsatz reduzieren. Dies sollte Umwelt und Gesellschaft zugutekommen.

### **Kulturwandel in den Verwaltungen**

Auch die öffentliche Verwaltung muss auf allen Ebenen auf einen umfassenden Kulturwandel vorbereitet werden. Hierzu gehören neue Fortbildungsformate und eine offenere und weniger an formalen Kriterien ausgerichtete Personalauswahl. Das „Mindset“ (Veränderungsbereitschaft, Offenheit) muss stärker als bisher bei Personalentscheidungen aller Ebenen berücksichtigt werden. Die Landesregierung sollte ein strukturiertes Fortbildungs- und Change-Management angehen.

Wir raten daher, eine ressortübergreifende und hochrangige Expertengruppe einzusetzen, die alle Verwaltungsprozesse auf Verbesserungs-, Vernetzungs- und Streichungspotenziale hin untersucht. Die Themen Prozessoptimierung und Bürokratieabbau durch Digitalisierung sind personell und finanziell mit Priorität zu behandeln. Bei neuer Gesetzgebung ist auf die Einführung von Experimentierklauseln zu achten. Die Landesregierung sollte bei eigener Gesetzgebung als auch beim Bund auf umfassende Streichung von Schriftformerfordernissen und Notwendigkeiten persönlicher Anwesenheit drängen. Damit soll eine umfassende Digitalisierung von Verwaltung und Justiz angeschoben werden.

### **Kommunen**

Zum Kulturwandel in den Verwaltungen gehört auch der enge Schulterschluss mit den Kommunen, die die meisten Verwaltungsdienstleistungen zu bewältigen haben. Besonders auf kommunaler Ebene raten wir, darüber hinaus die Erarbeitung von „Digitalen Agenden“ finanziell zu fördern, damit lokale Gegebenheiten besonders gezielt mit digitalen Lösungen adressiert werden können. Zur Unterstützung der Brandenburger Städte und Gemeinden raten wir, einen Digitalpakt mit den Kommunen auszurufen. Dieser sollte auch spezifische Lösungen für die Digitalisierung in Kommunen in Haushaltsnotlage beinhalten.

## **Gesellschaft**

Die demokratische Gesellschaft wird getragen von einer informierten, kritischen und engagierten Öffentlichkeit. Die Landesregierung sollte dafür Sorge tragen, dass Medienformate des Rundfunks und der Presse auch in einer digitalen Welt zeitgemäß, attraktiv und zugänglich sind. Qualität und Vielfalt der Medien muss auch abseits der Ballungsräume erhalten bleiben – auch hierfür bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten z. B. bei Ausbildung, Vertriebswegen etc., die die Landesregierung nutzen sollte.

Digitale Möglichkeiten schaffen auch dazu die Möglichkeit, unabhängig von eingeschränkter Mobilität und Verfügbarkeit aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir regen an, insbesondere die Potenziale des digitalen Ehrenamts und neue Beteiligungsmöglichkeiten (e-Partizipation) für das Land nutzbar zu machen und mit existierenden Prozessen und Strukturen zu verschränken.

Als unverzichtbar sehen wir den verstärkten, zeitgemäßen Jugendschutz und den umfassenden Schutz von Kindern im Netz an. Dabei sollten das Verhältnis von Schutz und Überwachung abgewogen und Jugendliche in die Diskussion miteinbezogen werden. Gleichzeitig sollte der digitale Verbraucherschutz weiter gestärkt und gefördert werden.

Digitale Instrumente, die der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, sollten von vornherein mit dem Blickwinkel umfassender Barrierefreiheit ausgestaltet und entsprechende Barrieren abgebaut werden. Hinsichtlich des Brandenburger Vereinswesens schlagen wir vor, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gleiche Regeln für Vereine in traditionellen und virtuellen Formen gelten.

Die Landesregierung sollte Fragen der digitalen Ethik vorantreiben. Denn nur auf Basis ausgehandelter gesellschaftlicher Kompromisse kann eine stabile digitale Gesellschaft gedeihen.

Digitalisierung muss für alle Menschen im Land praktisch erlebbar gemacht werden. So werden Hemmungen abgebaut, Verständnis für Veränderungen erreicht und Neugier auf die digitalen Möglichkeiten einer besseren Lebensqualität geweckt. Beispielsweise könnten digitale Zentren in Kleinstädten und in Dörfern und dort in Bibliotheken, Supermärkten oder Volkshochschulen geschaffen werden, in denen Aufklärung per Information und praktisches Erleben durch Anfassen und Ausprobieren ermöglicht wird.

## **Künstliche Intelligenz und Datenpolitik**

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) sollte in angemessener Form konzeptionell und mit praktischer Perspektive vorangetrieben werden. Hierfür gilt es, einen strategischen Rahmen zu entwickeln, Wissenschaft und Forschung zu Anwendungsfeldern der KI zu begleiten und zu fördern (z. B. KI in Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Gesundheit etc.) und offensive Kommunikation zu betreiben, um möglicherweise bestehenden Vorbehalten frühzeitig zu begegnen. Ein Anwendungszentrum und ein

organisiertes Netzwerk können helfen, den Transfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zu beschleunigen und auch den Einsatz in mittelständischen Betrieben zu erleichtern. Auch Gesichtspunkte des Umweltschutzes sollten bei der Entwicklung von KI-Anwendungen Berücksichtigung finden.

Auch die Entwicklung und Nutzung von Spracherkennungssystemen und smarten, handlungsassistierenden Anwendungen in Behörden auf kommunaler und auf Landesebene sollte vorangetrieben werden.

Wir empfehlen der Landesregierung, das bedeutsame Thema „Datenpolitik“ (Datenökonomie; Zugänge, Nutzungsmodelle und Schutz von Daten) konzeptionell zu erschließen und in Handlungsansätze zu übersetzen. So schlagen wir vor, ein Konzept dafür zu entwickeln, wie vorliegende oder in staatlicher Hand gesammelte Daten („dark data“) innovativ vernetzt und genutzt werden können, um „Datenfriedhöfe“ zu vermeiden. Darüber hinaus sollte das Prinzip von „open data“ zur kommerziellen und wissenschaftlichen Nutzung von staatlichen Rohdaten umfassend verankert werden.

Eine große Bedeutung schreiben wir dem digitalen Datenschutz zu, der zeitgemäß fortentwickelt und angehoben werden sollte. Ein souveräner Umgang mit Datenschutz ist kein Hemmnis für Innovationen. Um die routinierte Einhaltung des Datenschutzes zu gewährleisten, raten wir, dass Unternehmen und Behörden verstärkt zum rechtssicheren und praktikablen Umgang mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beraten werden.

### **Digitale ländliche Räume**

Um attraktive ländliche Räume in einer digitalen Welt zu schaffen, raten wir der Landesregierung, das Thema Smart Countryside zu einem Schwerpunkt ihrer Digitalpolitik zu entwickeln. Diesen Punkt sehen wir für Brandenburg als Agrar- und Flächenland als besonders bedeutsam an. Digitalisierung kann einen Beitrag dazu leisten, dem Fachkräftemangel in vielen Branchen zu begegnen und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland beizutragen. Auch die Schaffung integrierter Wertschöpfungsnetzwerke kann durch digitale Instrumente befördert werden und so zu attraktiveren ländlichen Räumen beitragen.

Die Landesregierung sollte gezielt landwirtschaftliche Unternehmen bei der digitalen Transformation fördern, z. B. über eine Erweiterung der Förderkulisse „BIG Digital“ für landwirtschaftliche Unternehmen. Außerdem sollte ein Showroom für den digitalen ländlichen Raum / Landwirtschaftsunternehmen eingerichtet werden. Die Finanzierung digitaler Modellbauernhöfe könnte eine Maßnahme sein.

### **Cybersicherheit / Serverkapazitäten**

Wir raten der Landesregierung, eine Blockchain-Strategie zum Schutz kritischer IT-Prozesse aufzulegen. Das ZIT-BB sollte als Landes-IT-Dienstleister ausgebaut und professionalisiert werden. Es sollte zudem ein eigenständiges kommunales Rechenzentrum errichtet und eine eigene Cloud für Unternehmensanwendungen unter



staatlicher Hoheit angeboten werden. Die IT-Infrastruktur und Anwendungsumgebungen des Landes sollten im Interesse der Effizienz möglichst einheitlich und mit guten Schnittstellen ausgestaltet sein.

## **2. Organisationsfragen**

Mit der voranschreitenden Digitalisierung in allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen liegt es nahe, auch die Organisation der Brandenburger Landesregierung an die Anforderungen des digitalen Wandels anzupassen. Wir empfehlen der Landesregierung daher, die Digitalbereiche bestehender Institutionen und Ministerien weiter auszubauen und zu stärken. Zudem sollte ein Landes-Normenkontrollrat zum Bürokratieabbau und zur Prozessvereinfachung eingerichtet werden, der alle Gesetzesvorlagen auf Ausschöpfung digitaler Möglichkeiten prüft.

Ein neues Digitalministerium lehnen wir hingegen ab, da es sich um ein ressortübergreifendes Thema handelt, an dem in allen Bereichen gearbeitet werden muss. Ein zentralisierender Ansatz würde die Identifikation mit den digitalpolitisch wichtigen Handlungsfeldern erschweren. Dementsprechend notwendig ist eine ressortübergreifende Koordination, die bei der Staatskanzlei bleiben sollte.

Die Staatskanzlei sollte ein Vorbild für zeitgemäßes digitales Arbeiten werden. Dafür raten wir, die Stabsstelle Digitalpolitik in der Staatskanzlei auszubauen. Zusätzlich sollte die Staatskanzlei eine hausinterne „Denkfabrik“ initiieren. Diese Denkfabrik sollte unter Einbeziehung externer interdisziplinärer Expertise anlassbezogene und eigenständige Empfehlungen an das Kabinett zu aktuellen digitalen Themen erarbeiten können.

In dem Zusammenhang sind wir darüber hinaus der Meinung, dass das Amt der/des CDO (Chief Digital Officer) gestärkt und sichtbarer werden muss. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer empfehlen wir, ein Digitalisierungsbudget beim CDO einzurichten. Die Ressorts könnten sich (vor Haushaltsfestlegung) mit Projekten um das Budget bewerben und so in einen Wettbewerb um die besten digitalen Ideen treten. Für die Umsetzung einer umfassenden digitalen Agenda wird die Landesregierung weiteres Personal im mittleren zweistelligen Bereich benötigen, um digitale Agenden, Projekte und Themen aufarbeiten und umsetzen zu können.

Der Digitalbeirat hat sich als Beratungsgremium bewährt, sollte jedoch einmal im Jahr mit weiteren Expertinnen und Experten zu einem großen Digitalforum zusammenkommen. Wir schlagen vor, eher formale Zusammensetzung des Digitalbeirats zugunsten eines offeneren Gremiums von Digitalbotschafter/inne/n des Landes weiterzuentwickeln.

Die Interministerielle Arbeitsgruppe der digitalpolitischen Koordinatoren aller Häuser sollte fortgesetzt werden. Grundsätzlich sollte die interministerielle, ressortübergreifende Zusammenarbeit gestärkt werden – auch und insbesondere bei Zielkonflikten zwischen den Ressorts und ggf. Abteilungen.

Wir legen nahe, die Brandenburger DigitalAgentur so schnell wie möglich als effizientes, anwendungsorientiertes Beratungsorgan vor Ort zu etablieren, z. B. bei Prozessinnovationen.

### **3. Strategie und Kommunikation**

Wir empfehlen, die bisherige Landesdigitalisierungsstrategie bis 2021 zu überarbeiten, weiterzuentwickeln und gleichsam deren Umsetzung zu evaluieren. Darüber hinaus sollten alle Ressorts eine eigene digitalpolitische Ressortstrategie vorlegen beziehungsweise die bereits bestehenden Strategien weiterentwickeln. Wir legen dazu nahe, bei Bedarf externe Expertinnen und Experten zu beauftragen.

Digitalisierung ist neben allen technischen und gesellschaftlichen Fragen auch kommunikative Vermittlungsarbeit. Daher schlagen wir vor, mindestens einmal im Jahr einen Digitalkonvent zu aktuellen Themen der digitalen Transformation mit allen relevanten digitalpolitischen Akteuren des Landes zu veranstalten, um den Austausch weiter zu fördern. Es wird empfohlen, Umfrageformate zu etablieren, um Digitalisierungsvorschläge aus der Alltagspraxis einzuholen.

Grundsätzlich sollte die Brandenburger Landesregierung noch enger mit anderen Bundesländern zusammenarbeiten, Infrastrukturen länderübergreifend aufbauen und nutzen, Datenformate abstimmen und kompatibel gestalten sowie rechtliche Fragen länderübergreifend regeln. Dazu können auch virtuelle Kompetenznetzwerke und reale Forschungslabore in der Region Berlin-Brandenburg eingerichtet werden. Wir empfehlen, einen strukturierten Digitaldialog insbesondere mit der Berliner Landesregierung aufzunehmen und das Konzept der digitalen Innovationskorridore weiterzuentwickeln.

Auch der digitale Austausch mit dem Ausland sollte intensiviert werden, um so weitere Inspiration für neue Entwicklungen nach Brandenburg zu tragen.